



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2010

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Votum der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen,
schwarz-gelbe Politik korrigieren, Politikwechsel einleiten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Bürgerinnen und Bürger im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen bei der Landtagswahl der Politik von Schwarz-Gelb in Bund und Land mehrheitlich eine klare Absage erteilt haben.
2. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag Bundes- und Landesregierung auf, das Votum der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, die schwarz-gelbe Politik zu korrigieren und einen Politikwechsel einzuleiten. Konkret bedeutet das u.a.:
 - a) Die gerade angesichts der jüngsten Steuerschätzung und der Euro-Krise völlig unrealistischen Steuersenkungspläne von Schwarz-Gelb müssen vom Tisch. Schon jetzt sind die Auswirkungen dieser Politik für die Haushalte der Bundesländer und die Kommunen katastrophal. Durch ihre bisherige Zustimmung zu dieser Politik trägt die Landesregierung eine Mitverantwortung für die Lage der öffentlichen Haushalte. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung künftigen Steuergeschenken zulasten des Landeshaushalts und der hessischen Kommunen nicht zustimmen wird.
 - b) Der Atomausstieg ist wie geplant umzusetzen. Ende April haben weit über 100.000 Menschen bundesweit und Zehntausende in Biblis friedlich gegen die Nutzung der Atomkraft und für erneuerbare Energien demonstriert. Die Bürgerinnen und Bürger haben damit deutlich gemacht, dass sie das Festhalten von Schwarz-Gelb an der Atomkraft ablehnen. Die Atomkraftwerke in Biblis sind daher schnellstmöglich abzuschalten und die erneuerbaren Energien konsequent zu fördern.
 - c) Nicht zuletzt wegen ihres sturen Festhaltens an einem strikt gegliederten Schulwesen ist Schwarz-Gelb in NRW abgewählt worden. Eine Kurskorrektur in der Bildungspolitik ist auch in Hessen überfällig. Die Landesregierung wird aufgefordert, endlich dem Beispiel von Bundesländern wie Bremen, Hamburg, Saarland, Schleswig-Holstein zu folgen und neben dem Gymnasium eine leistungsfähige Schulform mit längerem gemeinsamen Lernen aufzubauen, an der auf alle Bildungsabschlüsse vorbereitet wird. Statt mit dem Rasenmäher an Schulen und Hochschulen zu sparen, braucht es einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik.
 - d) Die ungerechten und unsozialen Pläne zur Reform des Gesundheitswesens sind aufzugeben. Stattdessen ist die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln, in der alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit ihren Beitrag zur Finanzierung unseres Gesundheitssystems leisten. Die Bürgerinnen und Bürger wollen starke und leistungsfähige soziale Sicherungssysteme und keinen schwachen schwarz-gelben Nachtwächterstaat.

Wiesbaden, 11. Mai 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir